

## Hausarztversorgung sichern

Stuttgart verfügt über eine hervorragende Kliniklandschaft mit verschiedenen Trägern, auf die wir stolz sein können. Das Klinikum Stuttgart als Haus der Maximalversorgung mit Deutschlands größter Kinderklinik und das Robert-Bosch-Krankenhaus mit seinem starken Forschungsprofil nehmen deutschlandweit Spitzenpositionen ein.

Doch die medizinische Versorgung steht vor einer großen Herausforderung: Der Fachkräftemangel betrifft nicht nur Pflegekräfte, sondern zunehmend auch Ärzte. Bereits heute sind in Baden-Württemberg rund 1.000 kassenärztliche Sitze und Praxen unbesetzt – Tendenz steigend. Besonders problematisch ist dies für Stuttgart, wo manche Stadtbezirke bereits als unterversorgt gelten. Die Lage wird sich weiter verschärfen, da viele Mediziner der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen. Besonders betroffen sind die hausärztliche Versorgung, die Kinder- und Jugendmedizin sowie die seelische Gesundheit.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Bezirksärztekammer Nord-Württemberg gemeinsam mit der Landesärztekammer Baden-Württemberg einstimmig beschlossen, eine Universitätsmedizin in Stuttgart anzustreben. Studien zeigen, dass Ärzte sich häufig dort niederlassen, wo sie studiert haben. Eine Universitätsmedizin würde also langfristig dazu beitragen, die medizinische Versorgung in der Region sicherzustellen.

Wir als CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützen diesen Vorschlag ausdrücklich. Stuttgart verfügt bereits über eine starke Infrastruktur, exzellente klinische Versorgung, innovative Partner im Bereich Medizintechnik und KI sowie leistungsstarke Stiftungen, die eine Universitätsmedizin finanziell fördern würden. Das Klinikum allein beschäftigt rund 1.200 Ärzte, darunter etwa 100 Professoren.

Wir fordern nun die konkrete Umsetzung: Der Gemeinderat soll sich für die Weiterentwicklung des Klinikums Stuttgart zu einem Uniklinikum aussprechen. Zudem soll der Oberbürgermeister auf Landesebene für dieses Anliegen eintreten. Die kürzlich vorgetragene Absage vonseiten der grünen Ministerien für Wissenschaft und für Soziales akzeptieren wir nicht. Die Begründung, das Vorhaben sei zu teuer und Stuttgart sei bereits ausreichend versorgt, ist kurzsichtig. Sollte das Land an seiner Haltung festhalten, setzen wir spätestens auf die kommende Landtagswahl – in der Hoffnung, dass eine neue CDU-geführte Regierung das Vorhaben unterstützt.